



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/XVI/199 - 4. September 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Verdorrter Lorbeer</u> Bonn und Belgrad - Adenauer war gewarnt	32
2	<u>Ernüchterung in Belgrad</u> Bonns Thesen wurden überrollt Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	45
3	<u>Bis zur äussersten Grenze</u> Atomwaffen-Versuche einstellen! Zum anglo-amerikanischen Angebot an Chruschtschow	36
3 a	<u>Das ist Ihre Saat, Herr Adenauer!</u> Vergiftet die deutsche Jugend nicht	42
4 - 5	<u>"Bitte, behalten Sie es für sich..."</u> Aus dem "Überparteilichen" Nähkörbchen der ADK Von Willi Peters	63
5 - 6	<u>Das menschliche Recht aller Menschen</u> Persönlichkeiten aus vielen Ländern schrieben an den Regierenden Bürgermeister von Berlin	77

Verdorrtter Lorbeer

Bonn und Belgrad - Adenauer war gewarnt

sp - Am Freitag vergangener Woche liess das Auswärtige Amt in Bonn offiziell verkünden, schon jetzt - also am Freitag - lägen mündliche und schriftliche Reaktionen aus Belgrad vor, die grosses Verständnis für den deutschen Standpunkt in der Berlin- und Deutschlandfrage bei einer Reihe von Konferenzteilnehmern erkennen liessen. Bis jetzt seien nur positive Aussagen aus Belgrad festzustellen. Besonders gut angeschriebenen Journalisten wurde ferner mitgeteilt, diese positive Einstellung bei den Neutralen sei auf die gute diplomatische Vorarbeit der Bundesregierung, sowie auf die persönlichen Briefe des Herrn Bundeskanzlers an die in Belgrad tagenden Regierungschefs zurückzuführen.

Kaum 24 Stunden später waren die Vorschusslorbeeren, die Bonn sich selbst gewunden hatte, bereits verdorrt.

Wir wissen nicht, ob das Auswärtige Amt in Bonn am vergangenen Freitag absichtlich flunkerte, oder in völliger Unkenntnis der wirklichen Meinungsbildung bei den Neutralen die von uns zitierte Freitag-Erklärung abgegeben hat.

B e i d e s wäre gleich schlimm.

Es besteht nicht die geringste Veranlassung, uns etwa über das jetzt zutage tretende bedauerliche Ergebnis von Belgrad zu freuen. Was dort -mit wenigen Ausnahmen - geschehen ist, dürfte jeden Deutschen zutiefst beunruhigen. Aber gerade deshalb müssen wir die deutsche Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, wie leichtfertig und unzulänglich sie bisher von den offiziellen Bonner Stellen informiert wurde.

Es wird aller Anstrengungen bedürfen, um den durch diese Unzulänglichkeiten hervorgerufenen Schaden wieder gut zu machen. Wir wissen, dass selbst hohe Beamte des Auswärtigen Amtes rechtzeitig genug vor dem gewarnt haben, was jetzt allzu sichtbar in Belgrad geworden ist.

Die Tatsache, dass man diese Warnungen überhört hat und vor allem im Bundeskanzleramt ignorierte, lässt darauf schliessen, wie wenig sich die gegenwärtige Staatsführung ihrer Aufgaben bewusst ist.

Erzitterung in Belgrad

Bonnas Thesen wurden überrollt

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Die erste Hälfte des deutschen Aktes, der bisher über die Belgrader politische Bühne der "Konferenz der blockfreien Staaten" lief, muss vielen von uns Deutschen als ein Trauerspiel erscheinen. Die meisten der in Belgrad versammelten Afro-Asiatischen Politiker trugen gemeinsam einen Toten zu Grabe: die Hallstein-Doktrin. Die Tatsache, dass der zyprische Erzbischof Makarios hierfür seinen Segen verweigerte und auch einige wenige andere Staatsoberhäupter sich vorläufig noch gar nicht oder nur zögernd dem Trauerzug anschlossen, macht den Toten nicht mehr lebendig. Die aktivsten Vertreter der blockfreien Politik haben deutlich, oft nur allzu deutlich zu verstehen gegeben, dass sie die jahrelang kredit- und exportgestützte These, die Bundesrepublik sei der einzige Rechtsnachfolger des deutschen Reiches, nicht mehr anerkennen wollen.

Die Präsidenten Indonesiens, Sukarno, der VAR, Nasser, Ghanas Nkrumah, Kubas Dorticos und gemässiger auch Indiens Premierminister Nehru, setzten sich unverhüllt für die de facto Anerkennung Pankows ein, was viele Delegationschefs anderer Teilnehmerstaaten in abgeschwächter Form gleichfalls guthiessen.

Jugoslawiens Staatspräsident Tito ging in seinen Anklagen, wohl nicht zuletzt infolge historischer Ressentiments, sogar weit über das hinaus, was viele jugoslawische Eingeweihte eigentlich erwartet hatten, als er die Bundesrepublik gefährlicher "faschistischer, militaristischer und revanchistischer Überbleibsel" anklagte. Makarios Mahnung Berlin dürfe nicht eine Art Konzentrationslager werden, klang wohlthuend, waren aber die einsamen Worte eines Predigers in der Wüste.

Wir mögen uns damit trösten - aber auch dies ist nur ein schwacher Trost, - dass die hiesigen amerikanischen Diplomaten bestürzt waren. Auch wir in Deutschland mögen bestürzt sein, dass eine so bedeutende internationale Konferenz wie die in Belgrad mit ihren 25 stimmberechtigten Mitgliedern, nach dem schändlichen Ereignissen des 13. August Pankow unüberhörbar aufwertet.

Es ist hier nicht der Platz, die Ursachen dieses Sinneswandels zu untersuchen, der sich trotz offizieller bundesdeutscher Vertretungen in einer Vielzahl von Staaten vollzogen hat. Möglicherweise ist das Unvermögen der bundesdeutschen Diplomatie nicht unwesentlich Schuld daran. Eines ist ausserdem sicher: bundesdeutsche Reaktionen, die nur darauf hinweisen werden, die für uns unangenehmen Redner verstanden die deutsche Situation nicht, oder seien nicht kompetent, sich dazu zu äussern, werden nur weitere Verstärkung erzeugen, die irgendwann noch negativer für uns zu Buche schlagen wird.

Das könnte in Anbetracht der Tatsache, dass gegenwärtig noch alle blockfreien Staaten sich für den freien Zugang nach Westberlin und der Berliner zur westlichen Welt einsetzen, von nicht zu übersehender negativer Bedeutung sein.

Bis zur äußersten Grenze

ler - Die Vereinigten Staaten und Großbritannien haben nach der Wiederaufnahme der sowjetrussischen Atomwaffenversuche trotz starken inneren Druck nicht Gleiches mit Gleichem beantwortet, obwohl sie dazu ohne weiteres in der Lage wären. Sie sind bis an die äußerste Grenze der Verhandlungsbereitschaft gegangen. Sie nehmen, getrieben von höchster Verantwortung, und um eine zusätzliche Verschärfung der ohnehin angespannten weltpolitischen Lage von sich aus zu vermeiden, Rücksicht auf die öffentliche Weltmeinung, die der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow brutal brüskiert hat. Sie verlangen von ihm die Zustimmung, alle Kernwaffenversuche einzustellen, "die in der Atmosphäre stattfinden und radioaktive Niederschläge auslösen". Bis zum 9. September hat Chruschtschow Zeit, sich zu überlegen, ob er auch dieses Angebot, an das sich keine Bedingungen knüpfen, in den Wind schlagen will.

Die anglo-amerikanische Konzession ist weitgehend. Bisher bestanden die USA und Großbritannien darauf, ein Abkommen über die Einstellung von Kernwaffenversuchen nur zu unterzeichnen, wenn es gleichzeitig verbunden ist mit einem effektiven Kontrollsystem, das die Einhaltung der Vereinbarungen überwacht und Verletzungen durch einen Partner unabhängig feststellt. Die Sowjetunion sträubte sich in allen Verhandlungen dagegen, sie will sich nicht, wie es Chruschtschow bildhaft ausdrückte, in ihr Schlafzimmer hineingucken lassen. In diesem Einwand drückt sich das abgrundtiefe Mißtrauen einer geschlossenen Gesellschaft aus, die auch das verbirgt, was im Westen vor aller Augen offenliegt. Die angelsächsische Konzession entzieht nun Moskau den Boden für dieses Argument. Vom technischen Gesichtspunkt aus war es ohnehin hinfällig, sind doch die modernen Beobachtungsmethoden so feink entwickelt, daß sie auch schon kleinere Atomexplosionen in der Luft zu registrieren vermögen.

Das anglo-amerikanische Angebot an Chruschtschow entspringt der Sorge, einer furchtgepeinigten Menschheit den schauerlichen und für alle verderblichen Anblick von weiteren Atomexplosionen in der Luft zu ersparen. Sie hörten auf die Stimme der Wissenschaftler, aber auch auf die Stimme der blockfreien Länder. Wird sie nun auch ein Chruschtschow vernehmen? Schlägt er auch dieses Angebot aus, dann dürfte wohl für jedermann in allen Erdteilen klar werden, woher die sich steigende, die Welt in Unruhe versetzende Bedrohung des Friedens kommt. Am Willen zur Verhandlungsbereitschaft des Westen fehlt es nicht - es liegt an Moskau, ihm durch eigene Konzessionen entgegenzukommen.

Das ist Ihre Saat, Herr Adenauer!

sp - Genau zu dem Zeitpunkt, in dem die CDU, die durch das Vordringen der SPD zutiefst aufgeschreckt worden ist, daran geht, mit billigen Propagandatricks den 86jährigen Kanzler als "Vater des Vaterlandes" an die Plakatwände zu malen, und den 17. September in Verfälschung der demokratischen Wahl zu einer Art "Volksabstimmung" für den CDU-Vorsitzenden zu machen - genau in diesem Zeitpunkt geht draußen im Lande die Saat auf, die der CDU-Kanzler mit seinen Wahlkampfreden gestreut hat. Stündlich laufen immer neue Meldungen über Zerstör- und Vernichtungsaktionen, vor allem junger Menschen, an den Wahlplakaten der SPD ein. Da werden Willy Brandt-Plakate mit CDU-Flugblättern überklebt, da werden Willy Brandt- und Erich Cilenhauer-Plakate abgerissen und in die Straßengräben geworfen, da werden Plakate der SPD-Bundestagskandidaten die Augen ausgestochen, da werden unflätige Parolen über die SPD-Plakate geschmiert.

Am Sonntag wurden in der oberpfälzischen Industriekleinstadt Windischeschenbach SPD-Plakate für eine Erich Cilenhauer-Kundgebung von ortsfremden Elementen abgerissen und in die Straßengräben gesetzt. Vielleicht vermag die Tatsache in der westdeutschen Bevölkerung Empörung und Entsetzen hervorzurufen, daß nach Auskünften der kommunalen Behörden diese ortsfremden Elemente unter den Jugendlichen zu suchen sein dürften, die am Sonntag in Gruppen durch Windischeschenbach nach Johannisthal geschleust wurden, wo sie an einer Wallfahrtveranstaltung der katholischen Jugend teilnahmen. Bei dieser Veranstaltung wurde es im übrigen Diözese-Sekretär Franz Weigel von den kirchlichen Behörden gestattet, sich den Wallfahrern als CSU-Bundestagskandidat vorzustellen.

Was hier und in leider all zu vielen Fällen an politischem Rowdytum offenkundig wird, ist die Ernte der politischen Saat, die von der CDU/CSU unter höchster und nach Lage der Dinge fast ausschließlicher Verantwortung des 86jährigen CDU-Vorsitzenden in Dutzenden von Wahlreden ausgeschüttet worden ist. Mit dieser Wahlkampfführung hat der CDU-Kanzler eine Schuld auf sich geladen, die in ihrer Größe noch gar nicht übersehen werden kann. Diese schreckliche Verrottung und Vergiftung des Geistes und der Seele junger Menschen muß zu einem Krebschaden in unserer Volke werden, an dem es noch leiden wird, wenn die Ära Adenauer längst abgeschlossen sein wird. Vielleicht hat es wirklich wenig Zweck, die CDU und ihren Chef an ihre demokratische und christliche Verantwortung zu mahnen. Aber diese Warnung sollten sie doch zur Kenntnis nehmen und befolgen:

Vergiftet die deutsche Jugend nicht mit eurer Parteihetze! Die Folgen fallen auch auf euch zurück!

"Bitte, behalten Sie es für sich ..."

Von Willi Peters

Den "bitteren Beigeschmack einer Wahlversammlung" hatte nach dem Bericht einer Cuxhavener Zeitung vom 28. August eine Tagung der "Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise", auf der "Präsident" Jahn und sein Referent Uhlig über die außenpolitische Lage referierten. Eine "richtige Diskussion", beklagte die Zeitung, sei im Verlaufe der zweitägigen Tagung überhaupt nicht zustande gekommen, sondern nur eine Fragestellung. Dabei hatte der Veranstaltungsleiter das Wirken dieser Arbeitsgemeinschaft ausdrücklich als "auf allen Ebenen überparteilich" bezeichnet. Man hätte doch erwarten dürfen, daß Staatsbürger, nachdem sie sich über die Situation berichten ließen, auch in offener Aussprache über das diskutieren, was nun zu tun ist!

Diskussion ist nie ein kennzeichnendes Merkmal dieser seit 1951 bestehenden demokratischen Arbeitsgemeinschaft gewesen. So wird es auch den beiden Referenten in Cuxhaven lediglich darauf angekommen sein, ihre Zuhörer mit einer "Sprachregelung" zu versehen, ihnen Begründungen zu liefern, warum die Bundesregierung nach dem 13. August offensichtlich lähmungserscheinungen zeigte und in ihrer Hilflosigkeit selbst den aus Berlin sich anbietenden Arzt zurückwies. Die ADK ficht indessen mit einer Bravour, die in Cuxhaven als "eindrucksvoll" empfunden wurde. Einer der Redner klärte seine Zuhörer so auf:

- * "Das möchte ich Ihnen nur im Vertrauen sagen. Bitte, behalten Sie
- * es für sich. Fest steht, daß es der Kanzler war, der die Alliierten
- * hat, Truppen an die Sektorengrenze marschieren zu lassen. Das
- * wurde ihm abgelehnt. Er durfte nicht darüber sprechen. Der Bundes-
- * kanzler hat das eingesehen, weil er es nicht als eine Propaganda-
- * schau für seine Wahl ansehen wollte. Dann erfuhr Brandt davon und
- * schrieb schnell einen Brief an Kennedy". "Diese neue Version des
- * totalen Schweigens der Regierung erzählt die CDU aber nur im Ver-
- * trauen - behalten Sie es für sich!"

Nun, die Leute in Cuxhaven konnten es offensichtlich nicht für sich behalten. Man wird gespannt sein dürfen, was die Öffentlichkeit dazu sagt. Sollte etwa die Bitte Adenauers um Zutritt zum Gefolge des amerikanischen Vizepräsidenten Johnson auf dem Flug nach Berlin auch jemand für sich behalten? Liegt auch hier eine Indiskretion vor?

Es erübrigt sich, hier wiederzugeben, was die Zuhörer an der Cuxhavener Tagung sich an Spitzen und Angriffen gegen den Regierenden Bürgermeister von Berlin anhören mußten. Auch die Weisheiten des zweiten Redners Uhlig werden viel Gähnen und Langeweile hervorgerufen haben, denn an wirklich gründlicher Kenntnis der Zusammenhänge und sachlicher Berichterstattung fehlte es beiden Rednern. Sie schöpften als ehemaliger nationalsozialistischer Führungsoffizier bzw. als Referent des "Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda" aus einem bloßen Antibolschewismus, der außer dem heißen Krieg keine Alternative verheißt. So war es auch die Sachkenntnis des Referenten, der in den Berichten über die Tagung hervorgehoben wurde. Sagte Uhlig:

- * "Sicher sind die 1500 amerikanischen Soldaten, die man bei ... na, wie
- * heißt denn das Dorf da an der Grenze? ... bei Helmstedt über die Zo-
- * nengrenze geschickt hat, keine große Kampfkraft, aber die Amerikaner
- * zeigten damit, daß sie entschlossen sind, Berlin mit Waffengewalt
- * zu verteidigen".

Der Name der Zonengrenzstadt Helmstedt schien ihm nicht wesentlich geläufiger als ein böhmisches Dorf.

Was es mit der ADK, die weder eine "Arbeitsgemeinschaft" ist noch über "demokratische Kreise" verfügt, auf sich hat, hat der Sozialdemokratische Pressedienst in einer ausführlichen Dokumentation in seinen Ausgaben vom 14./15. und 18. Juli dargestellt. Sie verdankte ihre Existenz der Geduld des bundesdeutschen Steuerzahlers, der es zuließ, daß sein politisches Bewußtsein bisher mit selbstfinanzierten Propagandageschichten eingeeilt wurde. Der 17. September wird auch über das Schicksal der ADK entscheiden; denn ihre Tätigkeit ist Ausdruck eines überholten Stils, der überwunden werden muß, wenn die Demokratie lebendig bleiben soll.

+ +
+

Das menschliche Recht aller Menschen

Persönlichkeiten aus vielen Ländern schreiben an den
Regierenden Bürgermeister

Eine Gruppe namhafter Persönlichkeiten aus vier Kontinenten - Mitglieder und Freunde des "Kongresses für die Freiheit der Kultur" - haben an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, nachstehenden Brief gerichtet:

"Selbst in einer Zeit, die gegenüber dem Schauspiel von Unmenschlichkeit recht gehärtet ist, haben die Nachrichten und die Bilder, die uns von Berlin erreicht haben, Männer und Frauen überall auf der Welt tief betroffen. Es gibt Umstände der Bedrückung und der Unzufriedenheit in vielen Kontinenten, und die Tragik des Exils ist ein Schicksal, das von vielen einzelnen und ganzen Menschengruppen geteilt wird. Dennoch haben die Ereignisse an den Grenzen Ihrer Stadt das Weltgewissen aufgewühlt. Denn es ist eines, wenn eine soziale Ordnung die Bürger, über die sie herrscht, dazu drängt, zu Millionen ein Asyl aussserhalb der Grenzen dieses Gebiets zu suchen. Es ist aber eine noch weit weniger annehmbare Handlung, wenn ihr Flucht durch Stacheldraht, der quer durch die Strassen einer Stadt gelegt wird, verhindert wird, wenn sie mit Bajonetten bedroht werden und wenn auf die Fliehenden geschossen wird, wie auf entlaufene Sklaven."

Das ist keine Angelegenheit der Politik, der Ideologie oder einer besonderen sozialen Ordnung. Es ist eine Angelegenheit, die die elementarste Achtung für ein Menschenrecht betrifft, und zwar für eines, das alle Völker der zivilisierten Welt förmlich anerkannt haben. In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen wurde, wird dieses Recht in Artikel 13, Absatz 2, eindeutig festgelegt: "Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, einschliesslich seines eigenen, zu verlassen..."

Wir wissen mit welchen Gefühlen Sie und die Berliner in diesen Jahren erlebt haben, wie so viele Ihrer Mitbürger sich von ihrem Heim, ihrer Arbeitsstätte und sogar von ihrer Familie im Osten getrennt haben, um anderwärts eine neue und menschenwürdige Existenz zu gründen. Sie haben selber betont, dass die Ursachen dieser Wanderung sehr verschiedenartig sind.

Die Flüchtlinge sind nicht immer durch Verfolgung oder Existenznot getrieben worden. Zuweilen war es eine Mischung von Furcht, Hoffnung und Ungewissheit. Aber eben diese grosse Verschiedenheit der Motive bezeugt, dass es sich hier um ein Menschenrecht handelt, das alle engen politischen und wirtschaftlichen Bezüge überschreitet. Nicht nur Völker, auch die einzelnen Menschen haben ein Recht der Selbstbestimmung. Menschen wollen teilhaben an der Bestimmung darüber, wo und wie sie arbeiten und was sie glauben. Eltern wünschen darüber mitentscheiden zu dürfen, wie ihre Kinder erzogen werden und welches Leben sie gestalten. Bürger wünschen teilzuhaben an der Bestimmung darüber, wer sie regiert und wer sie vertritt.

Wenn ihnen das Recht entzogen ist, in dieser Weise an der Gestaltung ihres eigenen Lebens mitzuwirken, mögen sich die einen empören, die anderen auswandern. Beides sind verständliche menschliche Reaktionen auf eine unerträgliche Lage, ob es sich in Herzen Afrikas oder in Herzen Europas abspiele.

Wenn wir die Nachrichten verfolgen über das, was am Brandenburger Tor längs der Ost-West-Grenze in Ihrer Stadt geschehen ist, denken wir unwillkürlich an eine berühmte Stelle in Puschkins "Boris Godunoff", nämlich jene, als der Zar den Befehl gibt, "Schritte zu ergreifen, dass noch in dieser Stunde unsere Grenzen durch Schranken abgeschirmt werden... dass nicht eine einzige Seele über die Grenzlinie gelange, dass nicht ein Hase über sie laufen noch eine Krähe sie überfliegen könne..." Denn dieser reaktionäre und widernatürliche Befehl findet sein Echo in den Befehlen von heute, und groteskerweise in der Handlung von Männern, die vorgeben, im Namen der allgemeinen Befreiung des Menschengeschlechts zu sprechen.

Stacheldrähte und Bajonette sind nicht die angemessene Szenerie für die Entfaltung einer neuen und höheren Freiheit. Wir für unsern Teil werden nicht aufhören, darauf zu beharren, dass die Ansprüche jeder Regierung und jeder Macht am Recht aller Menschen auf ein Leben in Freiheit und Würde gemessen werden soll."

Unterzeichnet von:

Raymond Aron (Frankreich), Jorge Luis Borge (Argentinien), Victor Raul Haya de la Torre (Peru), Sidney Hook (USA), Frode Jacobsen (Dänemark), W. Arthur Lewis (Westindien), Salvador de Madariaga (Spanien), Raul Manglapus (Philippinen), Minoo Masani (Indien), Ezekiel Mphahlele (Nigeria), Jayaprakash Narayan (Indien), Victoria Ocampo (Argentinien), J. Robert Oppenheimer (USA), Michail Polanyi (England), Eugene W. Rostow (USA), Denis de Rougemont (Schweiz), Luis-Alberto Sanchez (Peru), Eduardo Santos (Kolumbien), Yoshihiko Seki (Japan), Hugh Seton-Watson (England), Eduard Shils (USA), Ignazio Silone (Italien), Stephen Spender (England), Manès Sperber (Frankreich), Michio Takeyama (Japan), Erico Verissimo (Brasilien).

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel